

Inhalt

*Leichtere Fälle: Fall 1 (Prof. Dr. G. Biaggini), Ausstand von Parlamentsmitgliedern - Gewaltenteilung - Unvereinbarkeit - Rechtsgleichheit - Gleiches Wahlrecht - Fall 2 (Prof. Dr. B. Weber-Dürler), Kantonale Volksinitiative - Anspruch auf unverfälschte Willenskundgabe: Einheit der Materie - Verhältnis des Inhalts der Initiative zum Bundesrecht - Ungültigerklärung der Initiative durch kantonales Parlament - Stimmrechtsbeschwerde - Anfechtung einer Kantonsverfassungsbestimmung - Fall 3 (Prof. Dr. A. Kölz), Stimmrechtsbeschwerde an das Bundesgericht - Proporzwahlverfahren: Sitzverteilung - Anspruch auf unverfälschte Willenskundgabe: Wahlpropaganda durch «Kirchennews» -Kassation der Wahlen durch das Bundesgericht - Wahl-, Stimmrechts- und Abstimmungsbeschwerde bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen - Listenverbindungen

Fall 4 (Prof. Dr. T. Jaag), Eigentumsgarantie und Wirtschaftsfreiheit - Staatsrechtliche Beschwerde - Fall 5 (Prof. Dr. D. Thürer), Staatsrechtliche Beschwerde - Verbandsbeschwerde - Abgrenzung: Meinungsfreiheit, Wirtschaftsfreiheit und persönliche Freiheit -Einschränkung Meinungsfreiheit - Fall 6 (Prof. Dr. G. Müller), Staatsrechtliche Beschwerde - Willkür bei der Gesetzesanwendung - Glaubens- und Gewissensfreiheit - Rechtsgleichheit -Wirtschaftsfreiheit - Fall 7 (Prof. Dr. W. Haller), Meinungsfreiheit, Kunstfreiheit, Versammlungsfreiheit, Grundrechtskonkurrenz - Staatsrechtliche Beschwerde: Eintretensvoraussetzungen - Verbandsbeschwerde - Gesetzliche Grundlage: Polizeiliche Generalklausel - Verhängung einer Busse wegen Teilnahme an einer unbewilligten Demonstration

Fall 8 (Prof. Dr. D. Thürer), Verfassungs- und völkerrechtskonforme Auslegung von Bundesrecht: Meinungs- und Kunstfreiheit - Beschwerde an den Gerichtshof für Menschenrechte - Rechtsfolgen bei festgestellter Konventionsverletzung - Fall 9 (Prof. Dr. G. Biaggini), Eidgenössische Volksinitiative - Prüfung der Gültigkeit - Völkerrecht als Schranke des Initiativrechts
Fälle für Fortgeschrittene: Fall 10 (Prof. Dr. A. Kölz), Drittwirkung der

Grundrechte: Zulässigkeit - Rechtsstellung des Belasteten und der Begünstigten - Ausübung der politischen Rechte in der auf privatem Grund abzuhaltenden Gemeindeversammlung: Rechtsstellung des Liegenschafteneigentümers und der Stimmberechtigten - Fall 11 (Prof. Dr. T. Jaag), Materielle Enteignung - Entschädigung aus Vertrauensschutz - Geltendmachung der Entschädigung und Rechtsmittel gegen negativen Entscheid im Kanton Zürich - Fall 12 (Prof. Dr. B. Weber-Dürler), Vereinbarkeit einer Kündigung mit Art. 8 Abs. 3 BV und dem Gleichstellungsgesetz - Begriff der direkten und indirekten Diskriminierung - Willkür und Vertrauensschutz - Verwaltungsgerichtsbeschwerde

Fall 13 (Prof. Dr. W. Haller), Wirtschaftsfreiheit und Monopole: Zulässigkeit von Polizeimonopolen - Zulässigkeit des Widerrufs einer Polizeibewilligungsabgaberecht - Verwaltungsrechtlicher Vertrag - Verwaltungsrechtliche Sanktionen - Fall 14 (Prof. Dr. H. Rausch), Schiesslärmbelastung - Umweltrechtliche Sanierungspflicht der Anlage - Schallschutzmassnahmen an bestehenden Gebäuden -Baubewilligung in lärmbelastetem Gebiet - Fall 15 (Prof. Dr. H. Rausch), Kompetenzordnung im Bereich des Strassenverkehrs - Frage der Zulässigkeit eines vollständigen Fahrverbots - Anfechtung wegen Verletzung der Wirtschaftsfreiheit, der Eigentumsgarantie und des Willkürverbots - Bauliche Verkehrsberuhigungsmassnahmen: Rechtsmittel auf Bundesebene

Fall 16 (Prof. Dr. G. Müller), Kantonale Rechtsmittel: Verwaltungsgerichtsbeschwerde oder verwaltungsrechtliche Klage? - Abgrenzung des verwaltungsrechtlichen Vertrags von der mitwirkungsbedürftigen Verfügung -Zulässigkeit, Bestand und Änderbarkeit des Vertrages - Rechtsnatur einer öffentlichen Abgabe für professorale Gutachtertätigkeit - Anforderungen an die gesetzliche Grundlage der Abgabe - Eigentumsgarantie als Institutsgarantie

Fall 17 (Prof. Dr. M. Reich), Öffentliche Abgabe für das Verlegen von Leitungen im öffentlichen Grund - Zulässigkeit der Abgabenerhebung - Staatsrechtliche Beschwerde wegen Verletzung der Gemeindeautonomie - Rechtsnatur der «Genossenschaft für ein Fernsehkabelnetz» - Monopolisierung einer wirtschaftlichen Tätigkeit - Schutz wohlerworbener Rechte - Fall 18 (Prof. Dr. M. Reich), Verweigerung einer Bewilligung für Demonstration - Anfechtbarkeit einer Vollstreckungsverfügung im (kantonalen) Rechtsmittelverfahren - Fehlende Rechtsmittelbelehrung - Störerprinzip: Kostentragungspflicht und Haftungskonkurrenz bei antizipierter Ersatzvornahme - Haftung einer Gemeinde

Fall 19 (Prof. Dr. T. Jaag), Rechtsnatur des Entgelts für Strombezug aus gemeindeeigenem Elektrizitätswerk - Rechtsnatur der Stromrechnung - Vertrauensschutz - Verjährung einer öffentlichrechtlichen Forderung - Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das zürcherische Verwaltungsgericht -Rechtsmittel auf Bundesebene - Fall 20 (Prof. Dr. D. Thürer), Gebührenpflicht für das

Parkieren von Fahrzeugen - Rechtsmittel - Gebührenfreiheit (Art. 82 Abs. 3 BV) - Gesteigerter Gemeingebrauch - Legalitätsprinzip, Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip - Gesetzesdelegation